# Editorial

Autor(en): **P.F. / W.S.**

Objekttyp: **Preface**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **17 (1997)**

Heft 33

PDF erstellt am: **28.04.2024**

**Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

**Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

**http://www.e-periodica.ch**

# Editorial

> „Man muss verrückt sein, um heutzutage eine Ökonomie ohne Analyse des Schulsystems zu betreiben. ... In Wirklichkeit geht es darum, das Schulsystem als ökonomischen Akteur zu behandeln, als Akteur der Produktion der Produzenten."
>
> *Pierre Bourdieu, 1997*

Die Globalisierung, die Ökonomisierung staatlicher und gesellschaftlicher Bereiche und die Formierung der „Informations-Klassengesellschaft" (vgl. Widerspruch-Hefte 28 und 31) bedeuten eine epochale Herausforderung für die Bildung, Erziehung, Schule und Wissenschaft. Die Strategen der neoliberalen Bildungsoffensive machen mobil, so auch in der Schweiz die Freisinnig-Demokratische Partei (FDP): „Mit Humankapital gegen die Arbeitslosigkeit" (NZZ). Und so ziehen denn die globalitären Wirtschafts- und Parteiführer gegen „lähmenden Egalitarismus" und „Bürokratismus" der Bildungsinstitutionen zu Felde, so als dominierte der Markt nicht längst die gesellschaftlichen Werte, die Bildungsinhalte und die Berufskarrieren. Die „digitale Revolution", der Wandel von der Industriegesellschaft zur dynamischen „Wissensgesellschaft", und die Internationalisierung der Kommunikationsindustrie haben zwar den Zugang zur Kultur und Bildung technisch erweitert und das Lernen selbst verändert: vom Lernziel Faktenwissen hin zur Regel- und Methodenkompetenz. Die Probleme der Arbeitslosigkeit, der sozialen Ungleichheit und der gesellschaftlichen Desintegration verschärfen sie aber weiter. Die Kluft zwischen lebensweltlichem Alltagswissen und dem „wissenschaftlichen" Wissen, der Expertenherrschaft, wird von Tag zu Tag grösser. Die Produktion und Reproduktion von technokratischem Verwertungswissen ist zum grössten Wirtschaftsfaktor geworden.

Programm dieser Bildungsoffensive ist die Vermarktwirtschaftlichung von Bildung, Forschung und Wissenschaft, „Bildung als zentraler Wettbewerbsfaktor" (Schweizerischer Handels- und Industrie-Verein), die Umwandlung der Universität und der höheren Fachschulen in standortgerechte Dienstleistungseinrichtungen, die Hochbegabten- und Elitenförderung. In seinem Plädoyer für die Elite schreibt etwa Nationalrat und FDP-Präsident F. Steinegger: „Es ist unrealistisch anzunehmen, dass der soziale Ausgleich über die Bildungspolitik erfolgen kann. ... Ziel muss die stärkere Ausrichtung des staatlichen Bildungswesens am Prinzip des 'Value for Money' sein. Dazu sind vorab moderne Instrumente der Staats- und Verwaltungsführung im Sinne des New Public Managment einzusetzen. ... Der Nivellierung des Ausbildungsniveaus nach unten, die sich in den letzten Jahren auf allen Schulstufen breitgemacht hat, muss begegnet werden. Notwendig ist eine Elitenausbildung, welche die in der Schweiz vorhandenen Geistespotentiale schneller erschliesst." (Bildungspolitik ist auch Wirtschaftspolitik, NZZ 19.6.97).

Mit der von wirtschaftsliberaler Seite geforderten Privatisierung des Bildungssystems wird seine Demokratisierung und die soziale Verantwortung von Wissenschaft und Forschung gekappt. Im Zuge der forcierten Sparpolitik

soll erneut mit der Chancengleichheit, mit den emanzipatorischen Postulaten in der Bildungspolitik, in Forschung und Lehre, in Erziehung und Schulen abgerechnet werden. Die liberaldemokratische Verheissung, die „Bildung als individuelles Bürgerrecht" festschreiben wollte und dieses in der Bildungsreformdebatte der sechziger Jahre als „notwendige Voraussetzung von bürgerlicher Freiheit" begriff (T.H. Marshall, R. Dahrendorf, 1964/65), ist zurückgenommen. Neue bildungspolitischen Weichen werden gestellt.

Die Brisanz der Reformoptionen zeigt sich in der aktuellen Debatte über die Berufsbildungsreform. Hier ist Bildungspolitik unmittelbar Sozial- und Gesellschaftspolitik. Ein sich selbst überlassener Lehrstellenmarkt tendiert zur Selbstauflösung zulasten der arbeitsuchenden Jugendlichen. Immer mehr Unternehmen verzichten in kurzsichtiger Sparoptik auf die berufliche Grundausbildung: die sozialen, qualifikations- und arbeitsmarktpolitischen Folgen sind verheerend. Daher sind Lenkungsmassnahmen zur Überwindung des Lehrstellenmangels und zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit dringend erforderlich. Nach Burkart Lutz (Studie „Produktion 2000", 1997) muss das duale System der Berufsbildung gegenüber dem „Büro" und den akademischen Berufen aufgewertet werden, weil der Bedarf an technischem Wissen, an fachübergreifender Kompetenz und betrieblicher Erfahrung weiter zunehmen wird.

Das schnelle Veralten der Wissensbestände, die Verlagerung der Qualifikationsanforderungen und der beschleunigte Lernrhythmus, aber auch die Veränderung der Geschlechterverhältnisse und die Neuverteilung der Erwerbs- und Nichterwerbsarbeit zwingen auch die Gewerkschaften – als Partner und Kritiker im Modernisierungspakt – ihre Bildungskonzepte neu zu überdenken. Zu führen ist ein gesellschaftspolitischer Diskurs, der den Zusammenhang von Bildungs- und Arbeitspolitik thematisiert und verhindert, dass eine zukunftsfähige Ausrichtung der Bildung an der Krise der Arbeitsgesellschaft scheitert.

Juni 1997 P.F./W.S.

**In eigener Sache:** Mit Heft 32, liebe Leserin und lieber Leser, mussten wir den Verkaufspreis für Einzelhefte (Buchhandel und Selbstvertrieb) erhöhen und mit dieser Nummer neu auf Fr./DM 21.— festlegen. Wie angekündigt erhöhen wir jetzt auch die Abonnementspreise. Das Jahresabonnement für die beiden Hefte beträgt inklusive Versandporto neu Fr. 36.— und DM 38.—. Zu dieser Preiserhöhung sehen wir uns gezwungen, weil die Kostensteigerungen der letzten Jahre (Portogebühren, Herstellungskosten, Mehrwertsteuer, Telefon- und Faxaufwendungen, Werbung) unsere bereits bescheidenen Eigenmittel stark geschmälert haben. Die zu erwartenden höheren Einnahmen werden uns ermöglichen, die Zeitschrift im bisherigen Umfang herauszugeben. Für Ihr Verständnis danken wir Ihnen.

Den Mitgliedern des Fördervereins WIDERSPRUCH sowie allen Spenderinnen und Spendern, die ihre Abonnementsbezahlung jeweils grosszügig aufrunden, danken wir für ihre finanzielle Unterstützung. Ein spezieller Dank geht an den Migros-Genossenschafts-Bund für seinen finanziellen Beitrag aus dem „Kulturprozent".

Die Redaktion